

VORWORT

Kann man denn das Jubiläum einer Bewegung feiern? Wird eine Bewegung nicht gerade dadurch unbeweglich und starr?

Die Bewegung für eine offene, demokratische Schweiz, die 1996 auf 10 Jahre ihrer Tätigkeit zurückschauen kann, ist nicht mehr die gleiche, welche 1986 den «Weltwald» in Les Bayards gepflanzt hat.

Die Beiträge in dieser Plaquette sollen diese Veränderungen, die äusseren und inneren Entwicklungen der letzten Jahre aufzeigen, aber auch die Richtung weisen, in welcher sich die BODS weiter bewegen soll, unverändert geformt und geprägt hingegen durch die Gedanken der Charta.

PREFACE

Fêter l'anniversaire d'un mouvement, n'est-ce pas contradictoire et plutôt le raidir, l'immobiliser? Le Mouvement pour une Suisse ouverte, démocratique et solidaire qui peut, cette année, se pencher sur une activité intense de 10 ans ne ressemble plus tout à fait à celui qui a planté la «forêt du monde» en 1986 aux Bayards.

Les contributions de cette plaquette peuvent servir à mieux comprendre cette évolution au fil des ans, mais aussi à indiquer la direction dans laquelle le MODS devrait continuer tout en restant fidèle aux principes formulés dans sa Charte.

PREFAZIONE

Un movimento che festeggia il suo anniversario, ma non è una cosa un po' assurda?

Un atto del genere, non implica per forza immobilità e rigidità, due qualità incompatibili a un movimento?

Il movimento per una Svizzera aperta, democratica e solidale che quest'anno può fare un resoconto di un lavoro molto intenso svoltosi negli ultimi dieci anni non è più

il movimento che ha deciso nel 1986 di piantare la «foresta del mondo» a Les Bayards.

I testi di questo opuscolo possono servire a capire meglio i cambiamenti ed i sviluppi esteriori ed interiori degli ultimi anni, ma essi indicano anche la direzione nella quale il MADS si muoverà, sempre guidato però delle idee dalla Charta.

Annelise Gerber

10 Jahre BODS – 10 bewegte Jahre

Das politische Umfeld und die Gründung der BODS

Mit frisch gestärkter humanitärer Flagge kreuzte das «Boot Schweiz» ab 1981 wieder in internationalen Gewässern, scheinbar gewappnet gegen hohen Wellengang. Das schweizerische Asylrecht, erst 1981 im Parlament mit vaterländischem Schulterklopfen verabschiedet, ist beim ersten Ansturm von Verfolgten aus dem Süden brüchig geworden. Die nationalen «Bootskategorien» waren bereits überholt. Die Fluchtbewegung aus dem Süden liess sich nicht mehr in dieses klein-karierte Denkschema einordnen.

Es kamen Menschen. Wir nannten sie Asylanten. Es kamen Flüchtlinge, wir behaupteten es wären keine, wir betrachteten sie als fremde Eindringlinge. Es kamen ein paar Tausend, die Schweiz, der ewige Igel zuckte erschreckt zusammen. Das verängstigte Parlament, das sich eilfertig dem vermeintlichen Volksempfinden beugte, verabschiedete 1986 eine Notstandsklausel gegen Menschen, die auf der Flucht bei uns gestrandet sind.

Yapa Mouké, ein afrikanischer Flüchtling mit feinem politischen Gespür, sagte an der ersten Versammlung der neuen Bewegung: «Wenn die Schweizer keine Flüchtlinge bei sich aufnehmen wollen, dann sollen sie das offen sagen. Wenn die Schweiz nur für Fluchtgelder aus der Dritten Welt Asylland sein will, dann möge sie auch die Verantwortung dafür übernehmen, dies offiziell zu vertreten, anstatt weiter mit zwei Zungen zu sprechen.»

Wir hatten nun also den «Pendenzenberg», die «Vollzugskrise», «echte und unechte Asylanten», «Asyltouristen und Parasiten», es galt sie auszuschaffen, das Gesetz zu straffen und zu vollstrecken, rechtskräftig abzuweisen, zu beschleunigen und aufzuräumen, zu unterbinden, in den Griff zu bekommen, Lager zu errichten, das Militär an die Grenzen zu stellen, Arbeitsverbote zu erlassen, Naturalien abzugeben: Die Sprache widerspiegelt den Umgang mit den Fremden!

Aus dieser Situation heraus wurden 1984 in Bern, Basel und Zürich Freiplatzaktionen für Asylsuchende gegründet. Die Behörden waren vorerst froh, dass sich Private, SchweizerInnen organisierten, Wohnraum und Arbeitseinsätze anboten und Asylsuchende auf Behördengänge begleiteten. Doch bald genügte das Engagement an der Basis nicht mehr. Als 1986 das Parlament das 1981 verabschiedete Asylgesetz bereits zum zweiten Mal revidierte, brauchte es eine gesamtschweizerische politische Bewegung, eine Gegenkraft zu den fremdenfeindlichen Kräften in diesem Land. So bildete sich 1986 das Referendumskomitee gegen die Aushöhlung des Asylrechts und zur selben Zeit die Bewegung BODS, inspiriert vom Comité Suisse de défense du droit d'asile und der Aktion für abgewiesene Asylbewerber (AAA) von Peter und Heidi Zuber. Die Romandie war bereits seit dem Kirchenasyl 1981 in der Genfer Kirche «des Eaux-Vives» für abgewiesene Kurden aktiv geworden. Das Bewusstsein für Menschenrechtsfragen war ohnehin zu dieser Zeit in der Romandie weiterentwickelt und wurde sensibler wahrgenommen als nördlich der Saane. So waren die ersten Versammlungen in Bern, die am 25. April 1986 zur Gründung der BODS führten, immer auch von engagierten Leuten aus der Romandie besucht. Genannt seien Pfarrer Alain Wyler, Bruno Clément, George Hoefflin, George Peters, Urs Zuppinger, Marie-Claire Caloz-Tschopp, Denis von

der Weid, Karl und Edith Grünberg und die Leute von CEDRI, denen es mitzuverdanken ist, dass sich die Asylbewegung diesseits und jenseits der Saane regelmässig getroffen hat.

Die Kerngruppe, welche aus der ersten Versammlung vom 11. Januar 1986 die Vorarbeiten der CHARTA 86 übernahm, bestand aus Lukas Hartmann, Markus Riesen, Marco Vaucher, Marie-Claire Caloz-Tschopp, Andreas Hostettler, Christine Ramseyer, Ruth Daellenbach, Martin Schwander, Stefan Hofmann, Gotthard Klingler und mir. Das Kernstück der BODS, die CHARTA 86, ist aus der Feder des Schriftstellers Lukas Hartmann von der Gruppe Olten entstanden. Er hatte es übernommen, die Architektur der Charta zu entwerfen. Er umriss anlässlich der zweiten Versammlung im Februar die Grundgedanken zur Charta sinngemäss wie folgt: Sätze wie Max Frisch's Zitat «wir wollten Arbeitskräfte, es kamen Menschen», seien gefragt. Das Geheimnis dieses Zitats sei seine Einfachheit. «Die zwei bewusst gesetzten antagonistischen Begriffe reissen einen weiten Hintergrund auf und verweisen mit den Mitteln der Alltagssprache auf die schmerzliche Wirklichkeit. Solche Sätze brauchen wir auch heute, um uns verständlich zu machen, nicht Blick-Schlagzeilen, sondern Kondensate, nicht Schlagworte, sondern Wahrheitskerne. Charta heisst Verfassungsurkunde. Wir wollen also unsere Haltung beurkunden, wir brauchen eine CHARTA, die den Aufbruch in eine offene und demokratische Schweiz signalisiert und zu solidarischem Handeln ermutigt. Wir brauchen eine Charta, die zeigt, dass wir die Lust am schöpferischen Widerspruch in diesem Staat, die Lust am phantasievollen politischen Kampf wiedergewinnen wollen. Wir brauchen eine Charta, die die Resignation zu verscheuchen hilft, eine Charta, die Vitaminstösse gegen mangelnde Zivilcourage und Lauheit spendet. Eine solche Charta könnte zu einem Kristallisationspunkt werden für all jene noch ungebundenen Kräfte quer durch alle Parteien, die sich jetzt zu einer wirklichen Gegenkraft vereinen wollen».

13. Juni 1986: Start der BODS-Kampagne

An einer Pressekonferenz in Bern wurde die Charta 86 vorgestellt, verfasst von Rosmarie Kurz, Otto F. Walter und Lukas Hartmann und erstunterzeichnet von 200 namhaften Leuten aus Kultur, Politik, Kirchen, Gewerkschaften, Hilfswerken und Entwicklungsorganisationen. Die Charta wendet sich gegen Gleichgültigkeit und Egoismus und fordert Mitverantwortung und Solidarität, Demokratie und Gerechtigkeit. «Wir fühlen uns nicht bedroht von ein paar Tausend Tamilen und Kurden, sondern von einer Politik, die die Demokratie aushöhlt und die Menschenrechte missachtet.» Der Schriftsteller Otto F. Walter erklärte, dass sich die materiell arme Schweiz des 19. Jahrhunderts als Hort der Freiheit, der Liberalität und der Humanität Weltruhm erworben habe. Die materiell reiche Schweiz der vierziger Jahre habe dann Flüchtlinge in den Tod geschickt und die superreiche Schweiz von heute sei im Begriff, diesen Verrat an ihren besten Traditionen zu wiederholen.

Adolf Muschg liess der Pressekonferenz folgende Botschaft zukommen: «BODS ist eine Bewegung von Bürgerinnen und Bürgern, die die Sache der schweizerischen Demokratie vor Verlust bewahren wollen und denen sie teuer genug bleibt, um sie sich etwas kosten zu lassen. Der Verlust an liberaler Substanz, den eine engherzige Asyl-Praxis mit sich bringt, wird messbar als

Einbusse an innerer Freiheit. Denn die Behandlung, die wir dem Andern und den Andern unter uns – ihrer Gedanken, ihrer Kultur, ihrem Schicksal – angedeihen lassen, ist ein Spiegel unseres Umgangs mit uns selbst; also unserer politischen Kultur. Die Schweiz muss ein offenes Land bleiben, das ist eine Verpflichtung. Dem Export von Wohlstand, auf den wir stolz sein möchten, steht ein Import von Armut gegenüber, für den wir uns nicht blind stellen dürfen, wenn er uns einmal nicht in Form preisgünstiger Güter, sondern in den Gesichtern leibhafter Menschen begegnet. BODS anerkennt unsere Mitverantwortung an ihrem Schicksal. BODS betrachtet ihren Anspruch auf Menschenrecht und Menschenwürde als unser eigenes Interesse.

Wir haben teil – zu sehr günstigen Bedingungen – an der Unteilbarkeit der Welt; darum sind wir es uns selber schuldig, an ihr auch teilzunehmen.»

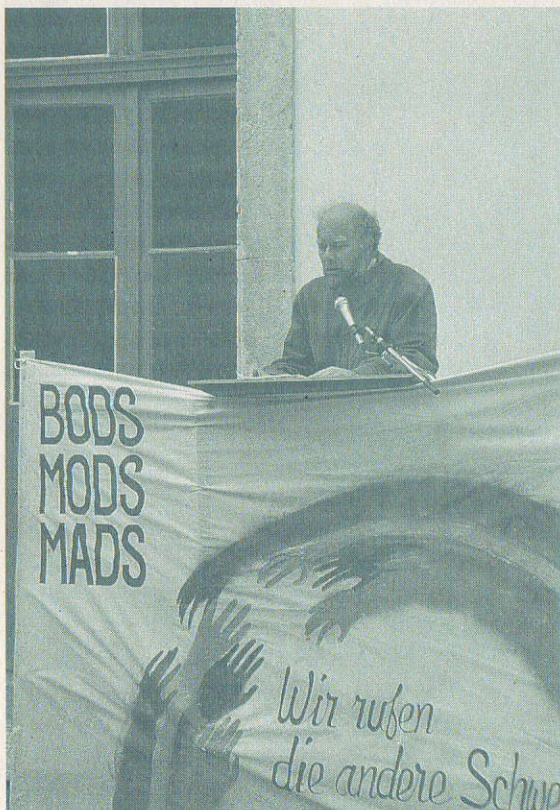
Im Grenzdorf Les Verrières im Neuenburger Jura, wo 1871 84'000 völlig erschöpfte Angehörige der französischen Bourbaki-Armee von der Schweiz unbürokratisch aufgenommen wurden, ist die BODS-Kampagne eröffnet worden: Schweizerinnen und Schweizer und in der Schweiz lebende Ausländerinnen und Ausländer aus 36 Nationen pflanzten gemeinsam ein Stück «Weltwald» – als Zeichen der Solidarität und auf ein friedliches Zusammenleben von Menschen aus verschiedenen Kontinenten. Nadine Schmid hat uns für diesen Weltwald eine Parzelle neben ihrem Haus in Les Bayards zur Verfügung gestellt. Hanspeter Bundi investierte viel Zeit und Energie in die Organisation dieses Anlasses.

Am 27. Sept. 86 präsentierte die BODS an ihrer ersten grossen Kundgebung mit 8000 TeilnehmerInnen den Minimalkonsens des «Rats der CHARTA», der an einer zweitägigen Konferenz eine Woche zuvor in Bern getagt hatte. Die BODS bekundete ihren Willen, die Revision des Asylrechts zu bekämpfen – das Referendum wurde tags zuvor eingereicht – und wendete sich gegen die Ausschaffung abgewiesener Asylsuchender aus Staaten, in denen ihr Leben und ihre Freiheit



Pflanzen des «Weltwaldes» / Plantation de la «forêt du monde»

bedroht sind. Dies galt damals für Flüchtlinge aus Aethiopien, Chile, Sri Lanka, der Türkei und Zaire. Der Publizist Alfred A. Häslar zog auf dem Bundesplatz die Parallele zwischen der Zeit des zweiten Weltkrieges und 1986. Die Argumente, die jetzt gegen eine humane Asylpolitik vorgebracht werden, deckten sich bis in die Sprachregelung hinein mit jenen von damals. Seit ein paar



Lukas Hartmann, in Les Verrières / aux Verrières

Jahren breite sich wieder der Ungeist der Ablehnung, der Überfremdungsangst und auch des Rassismus in unserem Land aus. Häslar rief dazu auf, sich einer Politik der Sündenböcke, zu denen die Asylsuchenden abgestempelt wurden, entgegenzustellen und für eine offene, humane Schweiz einzutreten, die jetzt ein Zeichen in die Welt setzen, dass Menschenrechte und Menschenwürde mehr bedeuten als blosser Worte. Guglielmo Grossi, Präsident der Federazione della Colonia Libera Italiana, setzte sich kritisch mit der schweizerischen Ausländerpolitik auseinander. Die sogenannte Stabilisierungspolitik, meinte er, habe de facto einen Grossteil der Forderungen der fremdenfeindlichen Bewegungen der siebziger Jahre erfüllt, und es gelte jetzt, die Rechte der AusländerInnen mindestens auf das Niveau europäischen Standards anzuheben.

Banquet Républicain

«Wenn Menschlichkeit kein Argument mehr ist», rief der Schriftsteller Peter Bichsel am 12. Feb. 87, an einem von der BODS und der AAA (Aktion für abgewiesene Asylbewerber) organisierten

Banquet Républicain in Ostermundigen aus, «dann gibt es überhaupt keine Argumente mehr». Das Banquet wurde als Gegenkonferenz zu der im Schloss Gerzensee stattfindenden europäisch koordinierten Tamilenrückshaffungskonferenz organisiert. Nicht im Schloss, sondern in der Beiz, nicht auf Einladung der offiziellen, sondern der «anderen» Schweiz, nicht ohne die direkt Betroffenen, sondern mit vielen Asylbewerbern, nicht unter Ausschluss der Öffentlichkeit, sondern in der Absicht Öffentlichkeit zu schaffen. Der Saal war überfüllt, etwa 300 Leute kamen.

Das Banquet Républicain ist eine der häufigsten Veranstaltungsformen der Asylbewegung. So feiert die BODS ihr 10. Jahress-Jubiläum ebenfalls mit einem Banquet Républicain. Wo findet diese Form ihre historischen Wurzeln? In Frankreich haben die Banquets Geschichte. Als um 1815 die Restauration die liberalen Grundrechte der Revolution zunichte machte, und als politische Versammlungen verboten wurden, trafen sich die Oppositionellen zum Essen. Und an diesen Banquets wurden die Ideen ausgebrütet, die dann 1848 die alte Ordnung in Europa erschütterten. In Frankreich und in der Schweiz rufen seit 1980 Frauen und Männer, denen die politische Rechte zu aggressiv und die Linke zu apathisch geworden sind, wieder zu Banquets Républicain auf, um sich auf die Tradition von Widerstand zu besinnen. Peter Bichsel schloss das Banquet mit den Worten: «Wir sind in dieser Sache gegenüber den Juden schon einmal im zweiten Weltkrieg schuldig geworden. Wir hatten damals dieselben Entschuldigungen. Wir bezweifelten einfach, dass sie verfolgt wurden. Wir haben aus unserer damaligen Schuld nichts gelernt. Wir haben nur die Entschuldigung gelernt, und wir wiederholen mit diesen Entschuldigungen die dunkelsten Flecken unserer Geschichte.»

Der Fall Musey – vom Verstecken von Flüchtlingen

Der zairische Professor Mathieu Musey, seine Frau und seine drei Kinder sollten nach 17 Jahren Aufenthalt in der Schweiz nach Zaire zurückgeschafft werden. Sie wurden von der BODS bei Wiedertäufern im Jura versteckt. Wenn die Familie Musey ausgeschafft würde, dann gebe es keine Gründe mehr, von der Zumutbarkeit der Ausschaffung überhaupt noch zu sprechen, denn dann sei der Tod zumutbar, erklärte ein Sprecher an der Pressekonferenz. In Bern wurde eine Revision seines Asylverfahrens eingeleitet, in der ganzen Schweiz sammelten SchülerInnen Unterschriften für eine humanitäre Lösung, die Medien berichteten regelmässig von der Stimme aus dem Untergrund, doch Peter Arbenz verschloss sich einer menschlichen Lösung mit dem Argument, der Staat dürfe nie der Verlierer sein. Nachdem das Versteck verraten wurde, umzingelten in aller Frühe des 11. Januars 1988 etwa 20 Polizisten das Haus im Jura. Mit Helikopter wurde die Familie auf den Militärflughafen von Payerne geflogen – statt in den Kanton Bern, der für die Ausschaffung zuständig gewesen wäre – von wo aus sie mit einem extra gemieteten Mystère 50 nach Kinshasa zurückgeschafft wurde. Gleichentags besetzten etwa 200 Personen das heutige Bundesamt für Flüchtlinge. Peter Arbenz sah sich gezwungen, Rede und Antwort zu stehen; demonstriert wurde auch auf den beiden Flughäfen in Genève und Zürich, da man ja nicht genau wusste, von wo aus Musey's ausgeflogen werden. Was erst später durchsickerte: Die Ausschaffung war von langer Hand vorbereitet. Einige Wochen zuvor wurden bei einem Mittagessen zwischen dem Flüchtlings-

delegierten Peter Arbenz und dem damaligen zairischen Geheimdienstchef Iloo Nkema Garantien ausgehandelt. Die Verletzung des Non-Refoulements wurde zwischenstaatlich abgedeckt. Die Ausschaffung Museys war ein Schock für die ganze Schweiz, Ausdruck einer Politik der Arroganz und des Geldes, die am 12. Dezember 1988 mit dem Rücktritt von Bundesrätin Kopp ihren vorläufigen Höhepunkt erreicht hat.

Mit dem Fall Musey erlangte die BODS in den Medien eine hohe Präsenz. Aus den Ereignissen entwickelte sich aber auch eine neue «Pädagogik des Versteckens». Wir lernten, dass Versteckaktionen nur dann Sinn machen, wenn gleichzeitig Recherchen im Heimatland unternommen werden, mit denen wir beweisen können, dass der/die Betroffene bei einer allfälligen Rückkehr mit grosser Wahrscheinlichkeit an Leib und Leben gefährdet ist, oder wenn nach abgeschlossenem Asylverfahren neue erhebliche Beweismittel zum Vorschein kommen, mit denen eine Revision oder ein Wiedererwägungsgesuch eingeleitet werden können. Erst dann macht es Sinn, Leute vorübergehend zu verstecken.

So geschehen ist dies bei der Versteckaktion der Tamilen durch die Berner Freiplatzaktion für Asylsuchende 1988. Während der Fotograf Michael von Graffenried mit bestimmten Adressen nach Sri Lanka reiste und Fotomaterial von zerstörten Häusern der Betroffenen mitbrachte, konnte er den Beweis erbringen, dass für Rückkehrer kein soziales Auffangnetz besteht. Die Rückschaffungen konnten damit vereitelt werden.

Die BODS und ihre Symposien

Am Zairesymposium vom Mai 1988, das von 150 Personen, darunter viele zairische Oppositionelle aus Frankreich und Belgien, besucht wurde, standen die Beziehungen zwischen der Schweiz und Zaire im Mittelpunkt. Verabschiedet wurden mehrere Forderungen an den Bundesrat, in bezug auf Asyl-, Menschenrechts- und Wirtschaftspolitik gegenüber Zaire. Wichtigste Forderungen waren die Schaffung einer unabhängigen Asylrekurskommission, eine aktivere Einflussnahme auf die zairische Regierung, damit Folter und Verletzungen der Menschenrechte aufhörten, eine grössere Transparenz in den Handelsbeziehungen der Schweiz mit Zaire und die Verurteilung der Bundespolizei, die einem zairischen Oppositionellen in der Schweiz ein Redeverbot verpasste. Aus der Arbeit mit zairischen Asylbewerbern kristallisierte sich eine «Pädagogik der Solidarität» heraus, die für die folgenden Jahre der BODS von grosser Bedeutung war: Dem Zaire-Symposium folgte im Juni 89 eine Veranstaltung zu dem noch kriegsunversehrten Jugoslawien, im Frühling 90 das Kurdistansymposium in Lausanne, im Oktober 90 eine Veranstaltung über die Situation im Libanon und im Januar 93 eine Tagung mit VertreterInnen aus dem Kosovo. All diese gut besuchten Veranstaltungen hatten eines gemeinsam: Sie waren immer das Resultat direkter, intensiver Kontakte mit entsprechenden Exilorganisationen in der Schweiz. Ebenso wichtig waren die Übernahmen von Vollmachten zur Begleitung von Asylsuchenden durch das Verfahren. Ich denke da nicht nur an eine vertiefte Auseinandersetzung mit den politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen des jeweiligen Herkunftslandes, die ja sehr wichtig sind, sondern auch an die zwischenmenschliche Dimension, die einen Einzelnen motivieren kann, seine ganze Energie auf die Aufklärung

eines Falles zu konzentrieren und so viel Wissen über das jeweilige Herkunftsland und über die Asylpraxis in der Schweiz zu erwerben, dass es gelingt, für Einzelfälle Lösungen zu finden. Viele Leute aus der Solidaritätsbewegung haben zudem auf eigene Risiken Reisen in die Fluchtländer ihrer Schützlinge unternommen, um die politischen Geschehnisse vor Ort zu analysieren. Aus diesen Erfahrungen heraus hat die BODS gemäss dem Beispiel von ELISA in Genf ein Begleitnetz für Asylsuchende geschaffen. Etwa 30 Freiwillige meldeten sich auf einen Aufruf im Rundbrief, die bereit waren, ein Mandat zu übernehmen. Als MandatsträgerInnen haben wir gelernt, bei den Begleiteten keine falschen Hoffnungen zu wecken, denn die Chancen, jemanden durchzubringen, sind klein, und ihre Erwartungen, dass sie durchgebracht würden, entsprechend gross. Es entsteht in jedem Fall eine asymmetrische Beziehung, für die wir die Verantwortung tragen und in der wir eine notwendige Distanz einhalten müssen, denn früher oder später kommt in den meisten Fällen die Stunde der Wahrheit. Ich bin aber nach wie vor der Überzeugung, dass die direkte Begleitung während des Verfahrens den weitaus besten Einblick in die Asylpraxis gewährt. Erst die gesammelten Erkenntnisse legitimieren eine Bewegung, mit gezielter und fundierter Kritik an die Öffentlichkeit zu treten und den Kampf mit den Windmühlen des BFF aufzunehmen, so wie es die Asylkoordination Schweiz und die BODS bis Anfang der neunziger Jahre mit Pressekonferenzen getan haben.

Kurdistansymposium als Plattform aller Kurdenparteien

Die kurdische Tragödie darf nicht mehr verdrängt werden. Die in fünf Staaten (Türkei, Iran, Irak, Syrien und Russland) auseinandergerissenen 25 Mio. Kurden und Kurdinnen dürfen nicht mehr länger verfolgt, unterdrückt, gefoltert und vergast werden, ohne dass die Weltöffentlichkeit reagiert. Dies forderte das von der BODS organisierte internationale Kurdistansymposium, welches

27. 29. April 1990

KURDISTAN SYMPOSIUM



über das Wochenende vom 27.-29 April 1990 über 700 kurdische und europäische Persönlichkeiten vereinigte. Lausanne ist für die Kurden ein historischer Ort ihrer Teilung, denn in Lausanne haben die alliierten Westmächte 1923 das kurdische Volk viergeteilt, obschon ihnen zwei Jahre zuvor im Vertrag von Sèvres ein unabhängiger Staat versprochen wurde. Hier wollten sie erneut zusammenkommen um den Willen ihrer Einheit zu demonstrieren. Das Grossartige daran war, dass auch verfeindete Gruppen innerhalb der Kurdendiaspora an einem Tisch zu Gesprächen bereit waren. Denn während der Vorbereitungsphase des Kurdistansymposiums waren schier unüberwindliche interne Spannungen auszuhalten. An diesem Punkt kann die Funktion der BODS gut sichtbar gemacht werden: Sie darf sich von keiner politischen Gruppe vereinnahmen lassen, sondern muss allen demokratischen und manchmal auch militanten und undemokratischen Kräften eine öffentlichkeitswirksame Plattform bieten, die es ihnen ermöglicht, ein breites Publikum über ihre politischen Absichten und Ziele zu informieren und diese Gelegenheit höher gewichten, als das Interesse, sich von den andern abzugrenzen. In diesem Sinne leistete die BODS mit dem Zaire- und Kurdistansymposium einen friedenspolitischen Beitrag.

Vorschläge für eine neue Migrationspolitik

An der Jahresvollversammlung 1991 in Bern entschied sich die BODS für ein neues Experiment, das die Bewegung von Grund auf verändern sollte. Ruedi Strahm war als Redner zu Gast und kritisierte die BODS als zu stark ausgerichtet auf blosses Reagieren. Wir seien «Arbenz-fixiert» sagte ein anderer Teilnehmer. Wir sollten doch statt dessen auch mal eigene Standpunkte entwickeln, sogenannt konstruktive Vorschläge für eine umfassende Migrationspolitik machen und nicht bloss immer nur kritisieren. Daran könne eine Bewegung nicht wachsen. Es entbrannte schon dort eine heisse Diskussion zwischen sogenannten «realpolitischen Ansätzen» mit denen wir uns glaubwürdig in die Tagespolitik einmischen sollten und grundsätzlichen Standpunkten, die der Bewegung eine fundamentale Orientierung zum Widerstand geben, die sich nicht in der Alltagspolitik verbrauchen sollte. VertreterInnen der «Fundis» warnten davor, uns auf realpolitische Diskurse einzulassen. Denn diese würden mit Sicherheit den bisherigen Konsens des Widerstands in der Asyl- und Ausländerbewegung aufbrechen. Mit einer knappen Mehrheit wurde trotzdem beschlossen, solche Vorschläge auszuarbeiten und an einer Tagung 1992 zur Diskussion zu stellen. Ein historischer Einschnitt der Bewegung, denn mit diesem Entscheid wurde in der Tat der Pfahl ins Fleisch getrieben.

Die Redigierung der 92er-Vorschläge für eine integrierte Aussen- Asyl- und Einwanderungspolitik haben die Kräfte der BODS während eines Jahres voll in Anspruch genommen. Die Vorschläge, die von den Medien grosse Beachtung fanden, lösten bei Hilfswerken, Gewerkschaften und kirchlichen Organisationen Zustimmung aus. Harsche Kritik kam von linken Parteien und der Asylbewegung selbst. In der Tat wurde mit diesen Vorschlägen das Prinzip der offenen Grenzen relativiert und enttabuisiert. Scharf trennte die BODS zwischen Arbeitsimmigration und humanitärem Bereich. Kontingente auf dem Arbeitsmarkt seien nicht ausgeschlossen, allerdings wurde das Drei Kreise-Modell klar abgelehnt. Gewaltflüchtlinge und Asylsuchende dürften keinesfalls begrenzt

werden. Eine Quotendiskussion wurde in diesem Bereich abgelehnt. An einer Tagung im Juni 92 kriegten die Realos eins auf Dach. Die Mehrheit der anwesenden «Basismitglieder» verwarfen das Modell, es bildete sich eine neue Gruppe «Süd-Süd», die sich vornahm, einen alternativen Forderungskatalog zu entwerfen. Dieser Forderungskatalog liegt zwar seit 1993 vor und postuliert die globale Freizügigkeit im Personenverkehr ohne wenn und aber. Er besteht aus einer fundierten Analyse der schweizerischen Immigrationsgeschichte, doch fehlen auch ihm die Zähne, vermeidet er es doch tunlichst, konkrete Vorschläge zu machen, wie die anstehenden Probleme gelöst werden könnten. Wollten die Verfasser sie wohl absichtlich nicht formulieren? Realisierten auch sie, dass auch sie nicht ohne innere Konflikte über die Runden kommen?

Bis in den Herbst 92 folgten immer wieder Beiträge von Asylorganisationen, die aufgrund der Diskussion während des Sommers in ihren eigenen Kreisen die Frage der «offenen Grenzen für alle» oder «beschränkt offene Grenzen mit Einwanderungskontrollen» zur Diskussion gestellt haben. Viele Gruppen fanden es gut, in dieser «Glaubensfrage» eigene Standortbestimmungen vorzunehmen und längst fällige grundsätzliche Fragen zu klären. Der BODS darf man zugutehalten, dass sie mit diesem Projekt die Lanze für eine weniger ideologische, dafür realitätsbezogenere Diskussion gebrochen hat.

Mit diesen Vorschlägen hat die BODS das Terrain vorbereitet, von dem aus sinnvolle politische Vorstösse ausgingen. Der wichtigste Vorstoss war die Motion Rosmarie Simmen, die den Antrag im Ständerat durchbrachte, dass ein Bericht für ein zukünftiges Migrationsgesetz in Auftrag gegeben werden sollte. Gut 2 1/2 Jahre später ging der Bericht Arbenz in die Vernehmlassung, und wieder waren es die NGO's, die sich sehr aktiv daran beteiligt haben. Anni Lanz, meine Nachfolgerin, hat bereits am 13. Januar 1996 eine Debatte in Gang gebracht, in deren Rahmen die Frauenmigration und Fragen der illegalen Einwanderung ausführlicher diskutiert wurden. Es wurde der Vorschlag vorgebracht, ähnlich wie in Italien eine Amnestie für ImmigrantInnen ohne Aufenthaltsbewilligung zu fordern und in einer Kampagne auf die Komplexität des Themas aufmerksam zu machen. Erstaunlich war, dass die fundamentale Opposition, wie sie sich 1992 manifestiert hat, nicht mehr aufgetreten ist. Die 70 Leute, die gekommen sind, waren an einer differenzierten Debatte interessiert.

Referendum gegen die Zwangsmassnahmen

Nicht unerwähnt bleiben darf das von der Asylkoordination Schweiz ergriffene Referendum gegen die Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht, das von der BODS erst nach langem Zögern mitunterstützt wurde. Es ist trotz allen widrigen Umständen einer relativ kleinen Zahl von Unentwegten gelungen, innert 3 Monaten 76'000 Unterschriften zu sammeln. Mehr als bei allen andern Aktionen ging es bei diesem Referendum um den Kampf gegen den Abbau fundamentaler demokratischer Rechte. Wir boten den Rechtsstaatdemonteuren die Stirne und haben gezeigt, dass die Asylbewegung noch immer eine referendumsfähige Kraft ist und damit auch in der Lage, in der Öffentlichkeit eine breite Diskussion auszulösen. Viele BürgerInnen sind erschrocken über den beängstigenden Abbau an rechtsstaatlichen Errungenschaften, wie z.B die Aufhebung der Unschulds-

vermutung, Gefängnis bis zu 9 Monaten, ohne ein kriminelles Delikt begangen zu haben, Rayonverbote und Hausdurchsuchungen, die heute je nach Kanton mehr oder weniger willkürlich angewendet werden. Heute trifft es die AusländerInnen und wen trifft es morgen? Die demokratischen JuristInnen und die Asylbewegung haben mit dem Referendum sicher auch dazu beigetragen, dass die kantonalen Vollzugsmassnahmen jetzt besonders wachsam beobachtet werden und dass Anwälte aus unseren Kreisen den Weg ans Bundesgericht nicht scheuen und des öftern, mehr als erwartet, Erfolge zu verbuchen haben.

Nur die wichtigsten Ereignisse

Im Rahmen dieses Gedenktexes finden längst nicht alle BODS-Aktivitäten der letzten 10 Jahre ihren Niederschlag. Gerne hätte ich noch über die Aktivitäten im Zusammenhang mit dem Schengener-Abkommen (Tagung 1992 in Lausanne und 1995 in Bern), oder über die Folgen der Übernahme des Mitenand-Sekretariats 1992 berichtet. Erwähnenswert sind die zahlreichen Antirassismusaktivitäten im Vorfeld der Abstimmung über das Antirassismusgesetz oder die Protestkundgebungen gegen das Nazitreiben in der Schweiz, insbesondere gegen die brennenden Asylzentren anfangs dieses Jahrzehnts, die 7 Menschen das Leben gekostet haben. Von Bedeutung waren auch die beiden Hilfsaktionen 1991 für Irakisch-Kurdistan, wo im Betrag von Fr. 220'000.– sog. health boxes über Medico International in die von Hunger bedrohten Gebiete Nordiraks geliefert wurden, oder die Hilfsaktion Kosovo 1993, wo über den ortsansässigen Verein Mutter Theresa dort gekaufte Lebensmittel im Betrag von Fr. 50'000.– bereitgestellt werden konnten. Besonderen Dank dafür kommt Marguerite Reut zu, die die beiden Aktionen kompetent organisiert hat und der Caritas, die logistische Hilfe für die Kosovo-Aktion angeboten hat.

Erwähnt wurden Ereignisse, die in den Medien nachhaltige Echos erreicht hatten und Lernprozesse in der Bewegung auslösten. Nicht zu vergessen sind Hunderte von Einzelschicksalen, die dank unserer Interventionen bei der Fremdenpolizei, bei ParlamentarierInnen, beim Bundesamt für Flüchtlinge oder bei Herrn Arbenz persönlich zum Guten entschieden werden konnten. Heute arbeitet die Asyl- und Ausländerbewegung nicht weniger hart und nicht weniger professionell. Doch viele Mitglieder haben sich anderen Themen zugewendet. Das «Ausländerproblem» steht nicht mehr zuoberst auf der Traktandenliste, nur noch wenige Politikerinnen (es sind praktisch nur noch Frauen) wie Angeline Fankhauser, Cécile Bühlmann, Ursula Bäumlín, Margrit von Felten und Rosmarie Simmen lassen sich in der Flüchtlingspolitik noch vernehmen. Deshalb sei an dieser Stelle diesen Frauen und all jenen, die sich weiterhin unermüdlich für migrationspolitische Fragen und Einzelfälle im Asylbereich einsetzen, herzlich gedankt.

Entscheidend bei einer ausserparlamentarischen Oppositionsbewegung sind ihre Kontakte zu internationalen Organisationen, zu ParlamentarierInnen und Behörden und, was der BODS hoch angerechnet werden kann, ihre Kontakte in die Romandie, dank der langjährigen Mitarbeiterin Marguerite Reut und dem ehemaligen Co-Präsidenten Claude Calame aus Lausanne. So ist der BODS-Rundbrief eines der wenigen Organe im Asyl- und Ausländerbereich, das seit 1987 zweisprachig erscheint. Es steht der BODS nicht schlecht an, sich immer wieder bewusst zu werden,

dass ihre historischen Wurzeln stark im Geist des 'esprit de citoyenneté' liegt. Sie will ihren Beitrag dazu leisten, den «Saanegraben» mit Brücken zu überwinden, auch wenn es nur schmale Hängebrücken sind!

Ueli Schwarz

